

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift:
Tageblatt Riesa.
Heraus Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliche bestimzte Blatt.

Postleitzettel:
Dresden 1380.
Girofasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 280.

Freitag, 1. Dezember 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbegag R.R. 2,14 einfach Postgebühr (ohne Ausstellunggebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Erhöhungen der Höhe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Er scheinen am bestimmten Tag und Stunde wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Metallmazette 100 Gold-Pfennige; reizvorbereiter und nobelstilischer 50%, Aufschlag. Feste Tafeln. Bewilligter Rabatt erhältlich, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Abnahmestelle: Riesa. Mäßigste Unterhaltungsbeiträge „Büchler an der Elbe“. — Im Halle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwieher Siedlungen des Reiches der Deutschen, der Siedlungen oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Schlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Rompilation statt Ausgleich.

Die deutsch-französische Verständigung hatte inzwischen einen guten Ablauf erhalten. Man sprach von der Großheit Frankreichs, auf die Aussagen des Reichskanzlers einzugehen. Der französische Botschafter sondierte in Berlin, die französische Presse spaltete sich in zwei Lager. Ein Teil der Presse befürwortete die direkte Aussprache zwischen Paris und Berlin, der andere Teil, der der Rüstungsindustrie zulieb lebte, wollte, wie es so schön heißt, den Teufel an die Wand und verkündete, Deutschland habe die Absicht, „Frankreich über den Trossel“ zu verbrennen. Tatsächlich kann man politische Vorgänge sehr häufig mit landläufigen Redensarten illustrieren oder verantwörden. Sie lassen besser erkennen, wie die Einschaltung ist und liegen mehr als genährt Worte, deren es auch viele geben hat. Besonders von englischer und italienischer Seite, also man Frankreich nahe legte, im Interesse eines Friedlichen Ausgleichs den Schritt der direkten Verhandlungen zu tun. Man wiss darauf hin, dass die General Bégin doch nicht mehr vorhanden sei, Litvinow würde mit Sicherheit von den Böllerbund-Feinden. Frankreich hat früher immer gemeint, dass Böllerbund sei das richtige Forum, große Fragen anzuhören und zu lösen. Gern aber ist verlassen, und so war eine gewisse Rechnung, den vielseitigen Rat zu beraten, wem vorhanden. Es hieß logar, Herrrot sei der außenpolitische Beauftragte der Regierung, der Mann, der nach Berlin gehen werde. Andelen: Herrrot hat inzwischen den starken Mann geprägt und wenige Vermittlungsmittel bewegen, denn mit Bedingungen, wie er sie formulierte, lässt sich leicht verständlich der Boden für eine von gebrochener Atmosphäre gereinigte Situation nicht finden, wenn unqualifizierte Bedingungen am Eingang eines Verständigungsvertrages stehen.

Bereits hat die Rüstungspolitik aufgezeigt: Frankreich geht nicht nach Berlin, und die Tochter einer Verständigung wurde nicht neuwert. Jetzt aber hat die außenpolitische Kommission der Kammer das Vorspiel tatsächlich ganz verändert, die Aussäße unter dem Vorstoß des Mannes, der Verhandlungen führen soll, unter Herrrot, sind mehr oder minder eine Abhängigkeit an die Vernunft. Was wollte Deutschland? Es reichte Frankreich die Hand, meinte, am besten ließe sich eine saubere Basis finden, wenn der augenblicklich idiosyncratische Konflikt, die Saarfrage, vorweg bereinigt würde. Deutschland hat durchaus recht mit der Behauptung, dass die Abstimmung im Saarlande Frankreich doch nur eine Niederlage bringen müsse. Auch wenn Deutschland dem Böllerbund nicht angehört, hat er als Verwalter des Saarlandes dafür zu sorgen, dass die Bedingungen bestehender Verträge eingehalten werden. Er hat die Abstimmung auszuführen, für eine unbartliche Wahl zu sorgen, und er hat Deutschland schließlich das Saarland wieder zu übernehmen, da doch mindestens 95 Prozent der Bevölkerung Deutsche sind und für Deutschland optieren werden. Wenn Deutschland Frankreich erklärt, es wäre besser, man ließe die Abstimmung beiseite und einige sich vorweg, dass das Saarland auch ohne Abstimmung Deutschland zurückgegeben werde, hat es nur im Interesse Frankreichs gehandelt. Und was meint nun die Kammer-Kommission? Sie spricht sich gegen die Rückgliederung des Saargebietes aus, denn der Bevölkerung des Saargebietes müssten die „Rechte und Sicherheiten“ der Volksabstimmung gewahrt bleiben. Als ob Frankreich davon einen Vorteil hätte! Was erwartet es von einer Abstimmung eigentlich? Vielleicht doch eine Rechtsabrechnung durch den Böllerbund? Vielleicht ein ähnliches Spiel, wie es seinerzeit mit Oberschlesien gespielt wurde.

So freilich werden die beiden Mächte, die den Frieden brauchen und allen das endlich begegnen können, nie zusammenkommen. Es war nicht nötig, dass diese Kammer-Kommission noch ausdrücklich beschreibt, sie lese keinen Wert auf direkte deutsch-französische Verhandlungen. Doch mag das leise Wort nicht getroffen sein. Andelen: die Regierung Chautemps ist eine Widerstandsgouvernement und außerordentlich idiosyncratisch der Kammer und den Parteien gegenüber. Sie wird die Ansichten der Parteien beachten müssen. Daher ist damit freilich ihr Leben nicht verlängert, und eine endgültige Regierung sollte schwere Einwirkungen in Frankreich ausüben müssen, was schon bei der Beurteilung der letzten Kriege festgestellt worden. Die Kammer-Kommission hat der Regierung Chautemps dadurch, dass sie ihr hinsichtlich einer Vereinigung der außenpolitischen Atmosphäre Schwierigkeiten bereitet, keinen Dienst erwiesen. Den Dienst verweigert aber hat der Mann, der eindeutig war, für die Regierung wenigstens außenpolitische Vorberichte zu entnehmen.

Wir bedauern diese Ausprägung unbedingt, denn es liegt nicht in unserer Tendenz, die außenpolitischen Schwierigkeiten lange hinzusehen und womöglich zu verzögern. Doch können wir nicht über Selbstverständlichkeitshinweise hinwegsehen. Wenn Selbstverständlichkeitshinweise schon nicht sachlich genommen werden, ist es freilich schwer, die Stimmung zu schaffen, die zu einer Vereinigung der Lust erforderlich ist.

40 Jahre Arbeit für eine Viertelmillion Menschen.

Unterredung mit Staatssekretär Hierl über den Arbeitsdienst.

W.D. Berlin. Der Reichsleiter für den freiwilligen Arbeitsdienst Staatssekretär Hierl gewährte einem Vertreter der „R. R.“ eine Unterredung, in der er anhören will, was die Bedeutung der Arbeit für den Arbeitsdienst mache. Dem Arbeitsdienst sei eine grobe volkswirtschaftliche Produktivität anzuerkennen. Schon jetzt finde man überall im Reich zahlreiche Stellen, die im Vorjahr noch Odebrand waren und auf denen heute Kartoffeln oder Getreide wachsen. Der Arbeitsdienst wolle ja durch bestmöglichste Bearbeitung deutscher Boden unter Volk unabhängige von der Einfuhr lebensnotwendiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse machen. Wenn der Arbeitsdienst diese Aufgabe erfülle, dann habe er eine beratig produktive Aufgabe gestellt, das demagogisch alle im privatischen Bereich angestellten Rentabilitätsberechnungen abweichen erscheinen. Die volkswirtschaftliche Produktivität des Arbeitsdienstes werde in viel höherer Maße erscheinen, wenn es gelingen sei, den vom alten System untersetzten Anstand eines planlosen Einsatzes zu überwinden. Dazu wäre eine planvolle Arbeitsbeschaffung für den Arbeitsdienst, gipfelnd in einer zentralen Stelle des Reiches und Koordinaten in den Ländern um, notwendig. Seit Jahren mache er auf diese Notwendigkeit hin; er hoffe, dass es ihm schließlich gelingen werde, die dazu nötige Unterstützung anderer Reichsbehörden zu gewinnen.

Zur finanziellen Produktivität verneint der Staatssekretär u. a. daran, dass der Jugendliche Arbeitsdienst dem deutschen Volke durchschnittlich 1,50 RM. täglich koste. Der Arbeitsdienstwillige koste 2,14 RM. einfach, der Kosten für Führung und Verwaltung. Für die Mehrkosten von 64 Pf. werde erreich, dass der junge Mensch anstatt für den volkswirtschaftlichen Produktionsprozess aufzutreten, volkswirtschaftliche Werte schaffe und dass er anstatt durch Arbeitslosigkeit zu verkommen, Leib und Seele bei der

Arbeit gelund erhalten und zu einer hohen, sittlichen Auffassung vom Begriff „Arbeit“ erogen werde. Dieser Vor teil, der sich durch Zahlen nur nicht ausdrücken lasse, sei von größter Bedeutung auch für die Volkswirtschaft.

Eine Einladung der Gemeinden trete schon durch das Ausscheiden der jungen Leute aus der Erwerbslosenhilfe ein. Dazu komme noch die starke Belebung der örtlichen Wirtschaftsräte durch ein Lager, das 200 junge Leute mit ihren vielfältigen Bedürfnissen umfasst. Das Geld, das dem Arbeitsdienst für die Unterhaltung der Mannschaft und Lager zur Verfügung gestellt werde, stelle doch restlos in die Volkswirtschaft zurück. Dafür bemühten sich die Gemeinden auch, Arbeitslose in ihren Bereich zu bekommen. Es sei selbstverständlich, dass ein Abbau des Arbeitsdienstes im kommenden Winter nicht stattfinden werde. Weiterführende Unterlinie, allerdings teilweise von sozialistischer Einsicht, seien vorhanden. Daraus habe die Reichsleitung transportfähige Holzbaraden entwickelt, die bereits in zahlreichen Dörfern in unbewohnten Gegenden errichtet wurden. Was die Beschäftigungsmaßnahmen anlangt, so würden zur Durchführung der in Deutschland vorhandenen volkswirtschaftlich wertvollen Kulturarbeiten bei einem Jahresdienst von einer Viertel Million Menschen noch mindestens 40 Jahre benötigt werden. Auch für den Winter sei vorgesehen. Um übrigens bleibt unverträgliches Ziel die Einführung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht für alle arbeitsfähigen jungen Deutschen.

Zum Schluss schilderte der Staatssekretär, wie die aus dem Arbeitsdienst Ausscheidenden vielleicht schon vor der Einladung von Unternehmen angefordert würden. Die von der Reichsleitung erlassene Organisation des Arbeitsdienstes b. B. bemühe sich um die Förderung der Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft für die durch den Arbeitsdienst erstickten jungen Menschen.

Wer war Mühlau?

Die verbrecherischen Machenschaften eines Landesbündlers.

W. Berlin. Unter der Überschrift „Wer war Mühlau?“ beschreibt sich der „Völkische Beobachter“ in seiner Ausgabe vom 1. Dezember mit der Stempellosen Grenzpropaganda und dem landesdeutschen Kreisen deutscher Emigranten während des Krieges. Nie immer werden die Namen von Professor Höhner, Grumbach, Kübler und Lichnowsky mit der Ehre des Geduldungsdeutschen Ehre belohnt bleiben. Der Gemeindeklüpfle ist aber nur Dr. Wilhelm Mühlau, der frühere Direktor des Kruppkonzerns, der am 1. 4. 1915 aus dem Direktorium ausgeschied, um sich angeblich zur Erholung in die Schweiz zu begeben, in Wirklichkeit aber sein ganzes Vermögen mitnahm, um zusammen mit anderen Renegaten seine für Deutschland unheimliche Tätigkeit aufzunehmen.

Unheimlich geradeau war die politische Tätigkeit dieses Subjektes. Amerikaner gegenüber äußerte er unverhohlen, dass er mit seinem Busenfreund Förster die Ostfrontlinie auf das deutsche Vaterland für allein richtig hielt, um Deutschland würde zu machen. Wir lesen in den „Papers Relating to the Foreign Relations of the United States“.

daß Mühlau die amerikanische Regierung durch Ihren Schweizer Vertreter zu bewegen suchte, alle Verhandlungen mit Deutschland abzubrechen, da die Revolution für die Entente arbeite. Er explodierte ferner, nach dem Krieg 10 Jahre lang Deutschland durch die Entente beherrschen zu lassen, damit es „flug“ werde. Dem Gipfel seiner Schamlosigkeit und seiner Verschämtheit gegenüber seinem Vaterland erklomm Mühlau aber mit seinem Nachwort „Die Verhetzung Europas“. Dieses Heft wurde in Millionenexemplaren über die deutsche Front abgeworfen. — Wenn die Deutschen die Hegemonie in Europa jetzt erringen, so ist wörtlich in dem Endelwerk zu lesen, „wird eine allgemeine Flucht der Europäer anheben. Außerhalb der Grenzen von Angermanien aber direkt für die Deutschen nicht leben lassen. Mit Stolz und Absehen wird jedermann darauf halten, dass ihm der Anblick von Deutschen erspart bleibt.“

Dieses geradezu ungeheurelle Pamphlet schuf mit anderen Machwerken im Auslande die Stimmung, die dem Verhältnis Sandauerberg vorantrieb.

Hindenburg an v. Winterfeldt-Menzlin.

* Berlin. Der Reichspräsident hat an den Präsidenten des Roten Kreuzes, Bundesdirektor a. D. von Winterfeldt-Menzlin, das nachstehende persönliche Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr von Winterfeldt!
Wie mir der Herr Reichsminister des Innern berichtet, haben Sie gebeten, bei der bevorstehenden Verfassung des neuen Präsidienten des Deutschen Roten Kreuzes von Ihrer Person abzusehen, weil Sie mit Rücksicht auf Ihr Alter und auf die besonderen Aufgaben des Deutschen Roten Kreuzes im neuen Deutschland dieses Amt für eine jüngere Kraft zur Verfügung stellen wollen. Ihr Rücktritt von dem Amt des Präsidienten des Deutschen Roten Kreuzes gilt mit Anlaß, Ihnen im Namen des Reiches sowie eigenen Namens herzlichen Dank und volle Anerkennung auszusprechen für alles, was Sie in langjähriger Arbeit für das Deutsche Rote Kreuz und damit für unser Vaterland geleistet haben. Sie haben in einer Zeit des Deutschen Rote Kreuz geführt, die reich an Arbeit und Schwierigkeiten, reich aber auch an Erfolgen war. Unter Ihrer umsichtigen Leitung hat das Deutsche Rote Kreuz nach Kräften dazu beigetragen, die Not der Nachkriegszeit

in unserem Vaterlande zu lindern, und es hat hierbei seine vornehmste Aufgabe darin gelassen, den Gedanken selbstloser Rätsellosigkeit gegen den Ansturm zahlreicher Sonderinteressen und Wünsche zu verteidigen. Ich bitte Sie, Ihre wertvollen Dienste auch weiterhin für die großen Aufgaben des Deutschen Roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen, und gebe diesem Wunsch durchaus weithin erkennbar Ausdruck, daß ich Sie hiermit zum Ehrenpräsidenten des Deutschen Roten Kreuzes ernenne.“

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Werthschätzung bin ich Ihr ergebener (ges.) v. Hindenburg.“

Dank des Stabschefs Köhne

Stabschef Köhne veröffentlicht in der NSK folgende Mitteilung: Aus Anlaß meines Geburtstages habe ich aus allen Kreisen so zahlreiche Glückwünsche erhalten, daß ich sie vorläufig, ohne meine pflichtmäßigen Aufgaben zu vernachlässigen, nicht alle sofort beantworten kann. Ich bitte daher, mir zu erlauben, daß ich zunächst auf diesem Wege allen meinen Kameraden, Partei- und Wollgenossen und genossinnen für die Freude und Ehre, die sie mir gegeben haben, aufrichtig danke.

Weihnachtsgeschäfte nur durch Weihnachtsreklame